

1404/J XXI.GP
Eingelangt am: 19.10.2000

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport

betreffend Beratungsstelle des Bundes für Fragen der Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen im Öffentlichen Dienst

Die Steigerung der Produktivität der Leistungen der öffentlichen Hand und alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, stehen zur Zeit im Blickpunkt der öffentlichen Diskussion.

Die Ankündigung der Bundesregierung 15.000 Beamte einzusparen einerseits und die Ankündigung der Bundesregierung eine Strukturreform für eine bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung einzuleiten andererseits, hat die Diskussion um das Image des öffentlichen Dienstes angeheizt.

In einem Artikel berichtete der Kurier am 26.09.2000 von einer der Öffentlichkeit bisher wenig bekannten Einrichtung - der Beratungsstelle der Verwaltungsstelle des Bundes zur Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit von öffentlichen Bediensteten sowie DienststellenleiterInnen und ihrer speziellen Anliegen als Vorgesetzte. Vergleichbare Unternehmen der Privatwirtschaft setzen immer mehr Maßnahmen, die die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen fördert, ihre Loyalität zum Unternehmen steigert und die störenden Einflüsse durch Mangel an Toleranz und Umgang miteinander hilft, abzubauen. Mit einem Wort: Sie sind besonders um die Psychohygiene in ihren Unternehmen und Betrieben bemüht.

Der Öffentliche Dienst ist mehr von Mobbing betroffen als Privatunternehmen, wie dies auch internationale Untersuchungen beweisen (10% der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegenüber 7% im Bereich der Privatwirtschaft)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Angebote bietet der Bund zur Bezahlung von MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst in Fragen der Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen?
2. Welche Erfahrungen konnten Sie mit der Tätigkeit der Beratungsstelle der Verwaltungsakademie des Bundes in Wien (siehe beigelegten Artikel) seit Einrichtung der Stelle sammeln?
3. Wie war die Entwicklung der Beratungstätigkeit in Bezug auf die Anzahl der Beratungsfälle?
4. Welche Maßnahmen wurden ihrerseits zur Information der MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst über die Arbeit und die Angebote der Beratungsstelle konkret gesetzt?
5. Wie hoch sind die Kosten der Beratungsstelle jährlich?
6. Welche Pläne gibt es ihrerseits bezüglich Ausbau des Beratungsangebotes für MitarbeiterInnen und Vorgesetzte im Öffentlichen Dienst besonders hinsichtlich des durch Personaleinsparungen drastisch wachsenden psychosozialen Drucks auf die Bediensteten und die dadurch entstehenden Effizienzverluste?